

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. September 2006, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Thomas Stritzl (CDU)	- zeitweise -
Manfred Ritzek (CDU)	i. V. von Thomas Stritzl - zeitweise -
Anette Langner (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Bernd Schröder (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	i. V. von Olaf Schulze
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des MWV zur aktuellen Situation des Flughafens Kiel-Holtenau</b>	<b>5</b>
<b>2. Zukunftsprogramm Wirtschaft</b>	<b>11</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/940	
<b>3. Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/861	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften</b>	<b>13</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/935	
<b>5. „Weg vom Öl“ - Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/371	
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/823	
<b>6. Eigenkapitalsituation im Mittelstand</b>	<b>15</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/938	

- 7. Zukunft der Kohle/Energiegewinnung aus Kohle** **14**  
Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/939
- 8. Terminplanung für das erste Halbjahr 2007** **16**  
hierzu: Umdruck 16/1159
- 9. Verschiedenes** **16**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht des MWV zur aktuellen Situation des Flughafens Kiel-Holtenau**

M Austermann bedauert einleitend, dass die ursprünglichen Erwartungen für die Aufrechterhaltung der Flugverbindung Kiel-München nicht eingetreten seien. In seiner letzten Berichterstattung zu der Fluglinie habe er ja noch relativ optimistisch in die Zukunft gesehen. Da sei ihm aber noch nicht bekannt gewesen, dass das Unternehmen Cirrus schon davon ausgegangen sei, dass es im nächsten Jahr bei gleichbleibender Auslastung - die Auslastung habe zwischen 30 und 35 % gelegen - zusätzliche Finanzmittel benötigen würde. Die Forderungen hätten eine Größenordnung von 1,5 Millionen € für 2007 und von 300.000 € möglicherweise noch für 2006 ausgemacht, um Defizite auszugleichen. Nach den knapp 2 Millionen €, die sich Stadt und Land für eine Finanzierung, die für drei Jahre geplant gewesen sei, geteilt habe, sei es völlig abwegig, nun in dieser Größenordnung zusätzliche finanzielle Unterstützung zu erbitten. Die gewährte finanzielle Unterstützung sei so gestaltet gewesen, dass eine starke Hilfe im ersten Jahr gewährt werden sollte, dann ein Betrag abnehmend im zweiten Jahr und im dritten Jahr keine Hilfestellung mehr. Er, M Austermann, sei davon ausgegangen, dass das Unternehmen so viel Finanzkraft haben würde, dass es zumindest ein halbes Jahr oder ein Dreivierteljahr auch bei „dünnere“ Auslastung der Linie bestehen könne.

Im Ergebnis bedeute diese Entwicklung, dass zum 31. Oktober d. J. der Flugbetrieb auf der Strecke Kiel-München eingestellt werde und dass man bis auf die Strecke Berlin-Tempelhof-Kiel, die - soweit man gehört habe - auch kurz vor der Einstellung stehe, keine Linienverbindung mehr in Kiel haben werde. Dies sei sehr bedauerlich, zumal er, M Austermann, glaube, dass durch Marketingmaßnahmen eine bessere Auslastung erreichbar gewesen wäre.

Zum Mitteleinsatz teilt M Austermann sodann mit, dass für die Linie von Land und Stadt zusammen 760.000 € aufgewendet worden seien.

Zur Zukunft des Flughafens sei zu berichten - so fährt M Austermann fort -, dass es eine Reihe von Aktivitäten im Bereich Businessaviation gebe, und er hoffe, dass es gelingen werde, auf dem Flughafen möglichst wenig Arbeitsplätze abbauen zu müssen. Für den Flugplatz

werde es zum Beispiel Ambulanzflüge, Rettungsflüge und gewerblichen Flugverkehr auch in Zukunft geben.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, bedauert ebenfalls diese Entwicklung, hält es aber dennoch für wichtig, dass es nach wie vor eine Perspektive für den Flughafen Kiel-Holtenau gebe und dass Ambulanzflüge, Geschäfts- und Privatflüge mit positiven Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Kiel weiterhin möglich seien.

Abg. Schröder beklagt die beim Flughafen Kiel-Holtenau eingetretene Situation und lenkt seinen Blick dabei auf die Misswirtschaft, die diesbezüglich aus seiner Sicht über Jahre hinweg von den Verantwortlichen in der Landeshauptstadt Kiel aus den bekannten politischen Gründen betrieben worden sei. Die Geschichte des Flughafens Kiel-Holtenau sei so eine Geschichte der vertanen Chancen. - Abg. Dr. Garg teilt die Auffassung, dass jeder weitere Euro für die Linie Kiel-München herausgeschmissenes Geld wäre. Auch könne von Marketingbemühungen bei denjenigen, die den Flughafen gewollt hätten, keine Rede sein. Im Oktober 2004 hätte es die Chance für Kiel gegeben, sich so oder so zum Flughafen zu positionieren. Dies habe die Oberbürgermeisterin Volquartz jedoch nicht getan. Für ihn, Abg. Dr. Garg, seien „Transplantationsflüge“ keine Perspektive für Kiel-Holtenau. Vielmehr müsse man sich mit der Frage beschäftigen, was in Zukunft mit dem Flughafenareal geschehen solle. - Abg. Harms fragt, inwieweit in den Verträgen der Stadt und des Landes mit Cirrus Rückformungsmöglichkeiten vereinbart worden seien und ob damit zu rechnen sei, dass jetzt die „Geschäftswelt“, die seit Jahren einen voll funktionsfähigen Flughafen gefordert habe, bereit sei, Anteile am Flughafen zu übernehmen, um die weitere Entwicklung für ihren Bedarf selber in die Hand zu nehmen. Auch möchte er wissen, welche Überlegungen es nunmehr gebe, Kiel stärker an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel anzubinden. - Abg. Matthiessen interessieren die Grundlagen für die Entscheidung, Cirrus Airlines die genannte Unterstützung für den Betrieb der Verbindung Kiel-München zu gewähren. - Abg. Ritzek fragt mit Blick auf Marketingbemühungen gezielt nach Initiativen der Industrie- und Handelskammern in Kiel und in Flensburg. - Abg. Dr. Garg spricht abschließend in dieser Fragerunde die in der Presse zitierte Aussage von Abg. Neugebauer an, dass der Landesanteil an der Flughafengesellschaft notfalls für einen symbolischen Euro an die Stadt Kiel veräußert werden sollte, und fragt, inwieweit solche Überlegungen beim MWV eine Rolle spielten.

M Austermann antwortet zunächst, die Bedingungen seien so gestaltet worden, dass man nach Zahlung eines einmaligen Betrages Zug um Zug jeweils pro Monat einen bestimmten Betrag mit entsprechendem Kündigungsrecht leiste. Dies sehe eine Rückzahlung nicht vor, weil das konkret auf den jeweiligen Verkehr bezogen gewesen sei. Mit Blick auf den Flughafenzubringer „Kilius“ sehe man keine Veranlassung, jetzt die Debatte über die Anbindung Kiels an den

Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel neu aufzunehmen. Die Konditionen diesbezüglich seien zumutbar und es sei nicht verantwortlich, hier zusätzliches Geld seitens des Landes in die Hand zu nehmen. Nichtsdestotrotz führe das Land Gespräche mit der Autokraft, um die Verbindung weiter zu verbessern, sodass letztlich die Fahrtdauer von „Kilius“ der eines privaten Pkw entspräche. Zudem bestehe ab 2008 die Möglichkeit, über die Deutsche Bahn und über die S-Bahn zum Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel zu gelangen, nachdem dann der S-Bahnanschluss Fuhlsbüttel fertiggestellt sein werde.

Grundlage der Entscheidung für die Cirrus-Fluglinie Kiel-Holtenau-München sei das Angebot von Cirrus gewesen, das bei Konditionen und Fluggerät das beste gewesen sei. Dem seien selbstverständlich Verhandlungen mit einer Reihe von Unternehmen vorausgegangen, aber es gebe eben nur wenige Fluglinien, die Fluggerät für kurze Landebahnen vorhielten. Bei der Kalkulation der Frequentierung der Strecke sei man von der Hälfte der Passagierzahlen ausgegangen, die früher die Cimber Air auf der Strecke Kiel-München zu verzeichnen gehabt habe. Jetzt sei man aber bei einem Viertel der früheren Passagierzahlen gelandet. Dass sich die Inanspruchnahme der Linie so viel schlechter entwickeln werde, habe man einfach nicht erwarten können. Ein Sachverständigengutachten zur Frage der Auslastung der Linie habe man nicht angestellt, sondern habe die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zugrunde gelegt. Das Thema Marketing sei ein generelles Thema und betreffe zum einen die Fluggesellschaft und zum anderen die Wirtschaft, die immer für eine solche Fluglinie geworben habe, die aber letztlich selbst das Angebot nicht entsprechend genutzt habe.

Zur grundsätzlichen Situation des Flughafens Kiel-Holtenau müsse er, M Austermann, feststellen, dass es auch heute mehr Flugbewegungen durch gewerblichen Flugverkehr gebe, als man je Linienflüge gehabt habe. So benutzten den Flughafen doch eine ganze Reihe von Leuten, die den Flugplatz brauchten, ob nun mit gecharterten oder privaten Flugzeugen oder als regionale Unternehmen, die eigene Flugzeuge besäßen und ihren Flugverkehr von Kiel aus abwickelten. Zudem gebe es eine Zunahme bei Ambulanzflügen. Hier könne man sicherlich auch noch von einer Steigerung ausgehen, nachdem das Universitätsklinikum Transplantationszentrum geworden sei und auch das Protonentherapiezentrum nach Errichtung sicherlich positiven Einfluss ausüben werde. Schließlich seien noch die Flugbewegungen für Beobachtungsflüge im Umweltschutzbereich zu nennen.

Zum Verkauf des Landesanteils an der Flughafengesellschaft verweist M Austermann darauf, dass im Kabinett im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Reihe von Verkaufsoptionen angesprochen worden seien. Er, M Austermann, setze nach wie vor darauf, dass man den Hamburger Flughafen dafür gewinnen könne, sich an der Flughafengesellschaft Kiel zu beteiligen, aber vollständig werde das Land seinen Anteil an der Flughafengesellschaft sicherlich nicht

veräußern. Auch zwei große Fraktionen in der Kieler Ratsversammlung verträten die Auffassung, dass sich das Land nicht aus der Flughafengesellschaft verabschieden sollte. Aber auch durch eine geringfügige Beteiligung stünde das Land immer noch in der Verantwortung für den Kieler Flughafen.

Auf eine Frage von Abg. Langner erwidert M Austermann, dass man mit einem Personalabbau beim Kieler Flughafen rechnen müsse, dass er aber keine genauen Zahlen nennen könne. Es sei davon auszugehen, dass zurzeit 35 Personen mit der Fluglinie befasst gewesen seien, dass aber die Flugsicherung auch aufgrund internationaler Gegebenheiten Forderungen zur Aufrechterhaltung bestimmter Dinge stellen werde, sodass er, M Austermann, hoffe, dass eine große Anzahl von den genannten 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin auf dem Flughafen Kiel-Holtenau beschäftigt werden könnte.

Abg. Harms äußert sich unzufrieden mit der Art der geschilderten Vertragsverhandlungen, dass nämlich keine Rückforderungsklausel vereinbart worden sei. Sodann möchte er wissen, ob Vertreter der hiesigen Wirtschaftsunternehmen Beiträge zum „Krisenmanagement“ angeboten hätten.

Abg. Matthiessen fragt, ob bei der Gewährung der finanziellen Unterstützung Auflagen hinsichtlich Werbemaßnahmen gemacht worden seien und ob auf dem Flughafen Kiel-Holtenau neben der Gebührenordnung und Nutzungsordnung Rabatte gewährt worden seien und in diesem Fall so auch gegenüber Cirrus Airlines, die die Nutzung des Flughafens finanziell erleichterten. Diese letzte Frage stelle er, Abg. Matthiessen, weil das beim Flughafen Lübeck-Blankensee offensichtlich der Fall sei. In Lübeck solle es ja eine Rabattgewährung gegenüber dem Hauptnutzer des Flughafens Blankensee geben, die nicht Gegenstand der veröffentlichten und genehmigten Entgeltregelung sei. Damit im Zusammenhang wolle er auch gleich die Frage stellen, ob der MWV als Genehmigungsbehörde für den Flughafen Lübeck-Blankensee dieser Frage nachgegangen sei. Schließlich fragt Abg. Matthiessen noch, ob der Flughafen Kiel-Holtenau mit dem nun veränderten Nutzungsprofil zu einem „Sonderflughafen“ umgewidmet werde oder ob es sich hier nach wie vor um einen öffentlichen Flughafen mit Kontrahierungszwang handele.

M Austermann entgegnet, dass Kiel-Holtenau ein öffentlicher Flughafen bleibe. Des Weiteren sei zu sagen - so fährt M Austermann fort -, dass das Land und die Stadt zusammen zu Beginn der Aufnahme der Fluglinie Kiel-München durch Cirrus Airlines einen Betrag von 250.000 € gezahlt hätten, der vor allen Dingen für Werbemaßnahmen vorgesehen und eingesetzt worden sei. Auch der Flughafen München sei bereit gewesen, sich mit 90.000 € an einer neuen Kampagne für die Fluglinie zu beteiligen. Umso mehr sei es zu bedauern, dass Cirrus Airlines

nicht doch noch ein bisschen mehr Durchhaltevermögen gezeigt habe, um die Linie noch auf die Erfolgsspur zu bringen.

Zur Frage der „Rabattgewährung“ verweist M Austermann zunächst darauf, dass die existierende Ordnung für alle Unternehmen und Nutzer der Flughäfen gleichermaßen gelte. Zu Lübeck sei zu sagen - so fährt M Austermann fort -, dass die Stadt Lübeck und der Flughafen bestritten, dass es dort einen Rabatt für einen Hauptnutzer gebe. Er habe keinen Anlass, daran zu zweifeln. Das Urteil des Landgerichts Kiel zu der Frage der Gewährung verbotener Rabatte werde zurzeit bekanntlich durch Berufung angegriffen, sodass es in diesem Fall noch keine endgültige Entscheidung gebe. Trotzdem sage er, M Austermann, dass es in Schleswig-Holstein nur Bedingungen gebe, die für alle gleichermaßen Geltung hätten. Wenn das der Fall sei, sei das mit EU-Recht kompatibel.

Abg. Harms möchte angesichts der gezahlten 250.000 € für Marketingmaßnahmen wissen, wie hoch der Anteil für Werbemaßnahmen gewesen sei und ob für den Fall, dass Werbemaßnahmen nicht durchgeführt würden, auch hier eine Rückforderungsmöglichkeit vertraglich vereinbart worden sei.

M Austermann erklärt, dass das Geld tatsächlich für Werbung ausgegeben worden sei, es seien Aktionen zusammen mit der Wirtschaft gestartet worden, es habe Anzeigen- und Rundfunkwerbung gegeben. Obwohl das Geld also dafür ausgegeben worden sei, sei er trotzdem der Meinung, die Werbung hätte noch effektiver, noch sichtbarer sein können.

Abg. Matthiessen kommt noch einmal auf den Flughafen Lübeck-Blankensee zurück und fragt konkret, in welcher Form M Austermann diese Kenntnis erlangt habe, dass es in Lübeck-Blankensee keine Rabattgewährung gegeben habe.

M Austermann erwidert, die in diesem Jahr für den Flughafen Lübeck-Blankensee erlassene neue Satzung sei von seinem Haus geprüft worden und danach seien die Bedenken, die Abg. Matthiessen angesprochen habe, nicht begründet.

Abg. Matthiessen fragt noch einmal, wie M Austermann der Mitteilung nachgegangen sei, dass eine Rabattregelung in Lübeck-Blankensee nicht existent sei, ob er das vom Hörensagen wisse, ob er dazu eine schriftliche Mitteilung bekommen habe oder ob er das durch Anfrage geprüft habe.

M Austermann entgegnet, die Luftfahrtbehörde, die ihm unterstehe, habe dies vor Ort überprüft und habe keine Veranlassung anzunehmen, dass es dort Dinge gebe, die beihilferechtlich zu beanstanden seien.

Abg. Dr. Garg kommt auf die von Abg. Harms gestellte Frage zu den Marketingmaßnahmen zurück und fragt, ob es klare vertragliche Konditionen gebe, nach denen sich Cirrus Airlines verpflichtet habe, Werbung - wenn ja, in welchem Umfang - zu betreiben.

M Austermann antwortet, auskunftsberechtigt sei in diesem Fall der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Kiel. Dem Aufsichtsrat sei eine Aufstellung vorgelegt worden, für welche Maßnahmen das Geld ausgegeben worden sei. Es habe die vertragliche Regelung gegeben, dass die genannten 250.000 € dafür eingesetzt würden. Diese Aufstellung werde er, M Austermann, dem Ausschuss gern - gegebenenfalls vertraulich - zur Verfügung stellen.

Auf eine abschließende Frage von Abg. Stritzl erwidert M Austermann, dass die Stadt Kiel und das Land zurzeit dabei seien, gemeinsam ein Konzept für die künftige Nutzung des Flughafens Holtenau aufzustellen, und dass es wohl möglich sein werde, dem Wirtschaftsausschuss dieses Konzept im Zeitraum November/Dezember 2006 vorzustellen. - Der Vorsitzende, Abg. Arp, erklärt, dass in dem Zusammenhang dann auch der Landesanteil an der Flughafengesellschaft Kiel Gegenstand der Diskussion sein könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Zukunftsprogramm Wirtschaft**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/940

(überwiesen am 15. September 2006 zur abschließenden Beratung)

Nach Einführung in die Grundsätze der Programmstrategie für den wirtschaftspolitischen Teil des „Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein“ für die Förderperiode 2007 bis 2013 durch M Austermann und Erläuterungen zur Begleitung und Beratung sowie Partizipation und Auswahlverfahren durch AL Dr. Haass nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/940, einmütig zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/861

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-  
ausschuss)

Der Vorsitzende, Abg. Arp, weist einleitend darauf hin, dass der beteiligte Europaausschuss die Empfehlung an den federführenden Wirtschaftsausschuss ausgesprochen habe, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 16/861 abzulehnen, weil für alle Förderprogramme die gleichen Kriterien gelten müssten und deshalb eine Fokussierung auf Marco Polo II nicht zielführend sei.

Ohne weitere Aussprache, aber mit dem Hinweis von Abg. Callsen, dass der Antrag auch bei seiner Zuspitzung auf das EU-Programm Marco Polo II unterstützungswürdig sei, fasst der Ausschuss einstimmig den Beschluss, dem Landtag die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/935

(überwiesen am 15. September 2006 an den **Finanzausschuss**, an den Wirtschaftsausschuss und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1203

Vor einer vertieften inhaltlichen Befassung mit dem Gesetzentwurf hält der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung im federführenden Finanzausschuss für erforderlich. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses richten deshalb eine entsprechende Empfehlung an den federführenden Finanzausschuss und Abg. Schröder weist dazu besonders auf den Änderungsvorschlag der AJK, Umdruck 16/1203, hin.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**„Weg vom Öl“ - Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/371

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 16/823

(überwiesen am 13. September 2006 zur abschließenden Beratung)

und

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Zukunft der Kohle/Energiegewinnung aus Kohle**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/939

(überwiesen am 15. September 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Antrag von Abg. Schröder wird die Behandlung dieser Tagesordnungspunkte auf die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. November 2006 vertagt. - Abg. Matthiessen bittet darum, dann auch die fiskalischen Auswirkungen des Förderzinses zu diskutieren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Eigenkapitalsituation im Mittelstand**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/938

(überwiesen am 15. September 2006 zur abschließenden Beratung)

Abg. Callsen geht auf die im Bericht wiedergegebene Besorgnis des Handwerks ein, dass die Voraussetzungen für den Zugang zu den Beteiligungsfonds für das Handwerk nicht gegeben seien. Er bittet darum, noch einmal stärker zu kommunizieren, dass sich das Handwerk sehr wohl in den Förderprogrammen wiederfinde. - M Austermann verweist hierzu vor allem auf das Beteiligungssofortprogramm sowie den zurzeit im EU-Prüfverfahren befindlichen Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein und äußert, dass er ebenfalls nicht glaube, dass das Handwerk insoweit schlechter behandelt werde. Probleme beim Handwerk resultierten sicherlich daraus, dass es hier zum Teil sehr hohe Außenstände gäbe, die dazu führten, dass Betriebe in die Liquidation fielen, weil Kunden ihre Rechnung nicht pünktlich bezahlten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/938, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das erste Halbjahr 2007**

hierzu: Umdruck 16/1159

Die vorgeschlagenen Sitzungstermine des Ausschusses für das erste Halbjahr 2007, Umdruck 16/1159, finden die Zustimmung der Ausschussmitglieder. Bezüglich der Vereinbarung von Außenterminen beziehungsweise Reisen treffen die Ausschussmitglieder noch keine Entscheidung.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer